

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schlech, Postlieferant,
Gr. Gerberstr. u. Breitestr. Ecke
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Berantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld,
für den übrigen redakt. Theil:
E. Riebscher, beide in Posen.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierter
Jahreszeit 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Mr. 139 Sonnabend, 24. Februar.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
P. Moze, Haasenstein & Vogler J. C.
G. J. Paule & Co., Invalidendienst
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
W. Braun
in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die lediglich eine Petition oder einen Antrag
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an beworngter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 23. Februar, 1 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Das Haus genehmigt zunächst die Einführung des gegen den sozialdemokratischen Abg. Schmidt (Frankfurt a. M.) schwedenden Strafverfahrens für die Dauer der Session und beschäftigt sich sodann mit Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgg. von Benda, Gescher (Mörs Rees), Görk (Lübeck), Dr. Pichler, Frhr. Saurma v. d. Zeitsch, Wille, v. Chlapowski, Graf v. Bismarck und Cosselmann werden gemäß dem Antrage der Wahlprüfungskommission debattelos behandelt, zugleich werden Erhebungen über diese Wahlen beschlossen. Die Wahlen der Abgg. Euler, Haake und Rothbarth werden für gültig erklärt. Hierauf wird die zweite Berathung des Reichshaushaltssatzes fortgesetzt.

Der Etat des Rechnungshofes wird ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Allgemeinen Pensionsfonds liegt folgender Antrag des Abg. v. Schöning (lons.) vor:

Den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß denjenigen Offizieren, Sanitätsoffizieren, Beamten und Mannschaften des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine, welche in Folge einer im Kriege 1870/71 erlittenen Verwundung oder sonstigen Dienstbeschädigung behindert waren, an den weiteren Unternehmungen des Feldzuges teilzunehmen und dadurch der Anrechnung eines zweiten Kriegsjahres bei der Pensionierung verlustig gegangen sind, der betreffende Pensionsausfall erstattet werde.

Der Antragsteller bittet um möglichst einstimmige Annahme seines Antrages.

Abg. Bebel beschwert sich über die kolossale Steigerung des Pensionsfonds, die seit dem Jahre 1881 nahezu 200 Proz. betrage. Die Steigerung komme daher, daß eine große Anzahl brauchbarer Offiziere vorzeitig verabschiedet würden, um das Avancement rascher in Gang zu bringen. Leider habe der Reichstag keinen Einfluß auf die Pensionirungen. Er verscheide aber nicht, gegen das jetzige Pensionsystem, das auf eine gewaltsame Verjüngung der Armee abzièle, zu protestiren.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erklärt das Anwachsen des Fonds daraus, daß sich die Heeresverstärkungen von 1887 bis 1890 schon jetzt bemerkbar machen. Von einer gewaltigen Verjüngung der Armee sei keine Rede; die Armee sei nicht älter und jünger geworden. Man befoge bei dem Avancement nur die bewährten, richtigen Grundsätze der Erfahrung. Es sei doch nicht außer Acht zu lassen, daß der Krieg an die Spannkräfte von Körper und Geist, Anforderungen stelle, denen ältere Personen nicht genügen könnten. Nach Art. 63 der Verfassung und § 7 des Militärgezesses habe der Reichstag übrigens kein Recht der Einmischung in die Militärpersonangelegenheiten.

Abg. Bieschel (natl.) bemängelt verschiedene Härten bei den Pensionirungen und erklärt sich für den Antrag v. Schöning.

Abg. Bebel ist durch die Ausführungen des Kriegsministers nicht eines Besseren belehrt worden. Allerdings habe der Reichstag kein Recht, in die Pensionirungen einzutragen, aber es siehe fest, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Offizieren im besten Mannesalter gegen ihren Willen pensionirt würden. Die sogenannten blauen Briefe gewinnen immer größere Bedeutung. Da könne man sich über das gewaltige Anschwellen des Pensionsfonds nicht wundern.

Generalleutnant v. Spitz versteht nicht, daß der Abg. Bebel das Anwachsen des Militärpersonalfonds nicht begreife. Mit jeder Armeevermehrung würden auch mehr Offiziere geschriften. Man überschäze vielfach die Brauchbarkeit der pensionirten Offiziere, die gefund exstehen, aber doch nicht felddiensttauglich seien. Um einen Offizier abkömmling werden zu lassen, genüge ein kleines Überzeugen der Stimme, sodass er nicht mehr kommandieren könne, Rheumatismus, und in neuerer Zeit eine Menge von Herzkrankheiten.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff bemerkt, es wäre doch widerständig, wenn wichtige Kräfte aus der Armee ohne Grund entfernt würden. Die Pensionirten halte die Militärverwaltung eben für körperlich und geistig nicht mehr genügend. Maßgebend sei nur die Leistungsfähigkeit.

Titel 1 der Ausgaben wird bewilligt, der Antrag v. Schöning mit großer Mehrheit angenommen, ebenso ohne Debatte der Rest des Etats.

Der Etat des Reichsinvalidenfonds wird ohne Debatte genehmigt.

Beim Etat des Reichsjustizamts (Titel 1 der dauernden Ausgaben: Staatssekretär) bemängelt

Abg. v. Salisch (lons.) die Paperverchwundung, die ungenaue Protokollirung, das schlechte Deutsch und das ungenaue Kassenwesen bei den Standesämtern. In seinem schlesischen Kreise sei bei den Standesämtern ein Kilometer Papier zu viel verschrieben worden. (Große Heiterkeit.)

Abg. Sachse (Hospitant der Konf.) nimmt als Standesbeamter diese öffentliche Beamtenkasse in Schutz, giebt aber dem Vorredner zu, daß die Standesregister manche Mängel aufwiesen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Bachem, in welcher Zeit wohl ein vorläufiger Abschluß der Arbeiten der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch zu erwarten sei, erwiderte Staatssekretär des Reichsjustizamts Niederding, daß die gegenwärtige Lage der Arbeit folgende sei: Das ganze Gesetzbuch soll aus 5 Theilen bestehen. Von diesen seien 3 fertig, nämlich der erste, welcher die allgemeinen Grundsätze, der zweite, welcher das Obligationenrecht, und der dritte, welcher das Sachenrecht umfasse. Die ersten beiden Theile seien redaktionell abgeschlossen und seit einer Reihe von Monaten veröffentlicht. Der Theil über das Sachenrecht unterliege noch einer redaktionellen Revision, dürfe aber nächstens zum Abschluß kommen. Inzwischen sei die Hauptkommission bereits seit einer Reihe von Monaten in die Berathung des Familienrechtes eingetreten, und die Arbeiten der Kommission hätten einen so erfreulichen Fortgang genommen, daß erwartet werden dürfe, die Arbeit werde im Laufe des Frühjahrs dieses Jahres zum Abschluß kommen. Es bleibe dann noch der letzte Theil über das Erbrecht übrig.

Nach den Erklärungen des Vorsitzenden der Kommission dürfte dieser Theil im Laufe des übernächsten Frühjahrs fertig werden können. Im darauffolgenden Sommer könne dann das Einführungsgesetz zur Berathung gebracht werden, das allerdings einige sehr schwierige Fragen in sich schließe. Er glaube aber, doch auch der Abschluß dieses Einführungsgesetzes im nächsten Jahre erfolgen werde, sodaß der Abschluß des ganzen Werkes spätestens im Herbst nächsten Jahres vollendet sein könne. Seit einiger Zeit sei man auch der Frage näher getreten, wie man die Arbeiten im Bundesrat befreileigen könne. Der Reichskanzler habe sich mit den Bundesregierungen in Verbindung gelegt und ihnen vorgeschlagen, die bereits jetzt erschienenen Theile in Berathung zu nehmen, damit dann die endgültige Berathung im Bundesrat um so rascher vor sich gehen kann. Wenn dann auch der Reichstag es an thümlicher Beschleunigung nicht fehlen lasse, dann habe allerdings das deutsche Volk die Aussicht, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu der RechtsEinheit zu gelangen, die ihm eine tausendjährige Geschichte versagt habe. (Beifall.)

Abg. Schröder (Frei. Verein.) bittet den Staatssekretär, seinen ganzen Einfluß darauf zu verwenden, daß jetzt noch die kleinen Detailfragen hinter den allgemeinen Gesichtspunkten zurücktreten.

Abg. Spahn kann es nicht bedauern, wenn das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches sich etwas lange hinzieht und der Schwung in der Bevölkerung für das große Werk etwas nachlässe. Bis jetzt sei die Kritik dem Werk mit ziemlicher Unruhe gefolgt, es könne nichts schaden, wenn diese Kritik etwas sachlicher geführt werde. Die Kommission arbeite fleißig und hoffe im nächsten Jahre ihre Arbeiten beenden zu können.

Die beim Reichsgericht ausgeworfenen drei neuen Nächte mit je 12000 Mark bei den vier Strafmaien beantragt Abg. Febr. v. Güttlingen zu strecken. Der Antrag wird indessen nach kurzer Debatte abgelehnt und der Etat ohne weitere Debatte angenommen.

Der Etat des Reichseisenbahnamts wird ohne erhebliche Debatte bewilligt.

Der Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen wird auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher der Budgetkommission überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Montag 1 Uhr: Erste Lesung des russischen Handelsvertrages. Schluß 5 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom 23. Februar, 11 Uhr.

Die zweite Statsberathung wird fortgesetzt. Die Etats des Abgeordnetenhauses und Herrenhauses werden ohne Debatte bewilligt.

Es folgt die Berathung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Beim Kap. Porzellananufaktur bemerkt Abg. Dr. Bachem (Cir.) daß man bei der schlechten Finanzlage es vermeiden müsse, zu großen Summen für dieses Institut zuzuschützen. Redner bittet, der Porzellananufaktur die Anweisung zu geben, nicht zu großen Stücke anzufertigen, da die Modelloffen unverhältnismäßig hoch seien.

Abg. Krawinkel (nl.) spricht die Ansicht aus, daß die Porzellananufaktur ein künstlerisches Institut sei und nicht die Aufgabe habe, Handelsware herzustellen. Aber bei der heutigen Finanzlage sei es doch angebracht, den Etat zu beschneiden, und das könne am besten geschehen durch Streichung der Remunerationen für Beamte, die sich um die Verbesserung von Fabrikationsmethoden verdient gemacht haben. Das Metzner Institut arbeite mit Überschüssen.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Die Porzellananufaktur ist kein kaufmännisches, sondern ein künstlerisches Institut, das sich der höchsten Anerkennung von allen Seiten erfreut. Wenn das Institut auf der Höhe der Aufgaben bleibe soll, dann wird es immer mehr oder minder bedeutender Zuschüsse bedürfen. In Metzner werde vielfach Handelsware hergestellt. Große Modelle würden doch nur in sehr beschränktem Umfang angefertigt. Die Forderung für Remunerationen an Beamte, die sich um die Fabrikationsmethode verdient gemacht haben, bitte er zu genehmigen.

Abg. Frhr. v. Heereman (Cir.) tritt für eine Aufrechterhaltung der Aufgaben des Instituts in dem bisherigen Umfang ein. Die Porzellananufaktur solle den Geschmac und den Schönheitsfimm fördern. Die großen Modelle seien von hohem künstlerischen Werth.

Abg. v. Seydebrand u. d. Lasa (lons.): Die Porzellananufaktur muß ein künstlerisches Institut bleiben. Indessen hat es doch den Anschein, als ob nicht immer die genügende Sparsamkeit angewandt werde. Für dieses Jahr möge aber die Position noch bewilligt werden, dagegen sollte der Minister sehen, ob nicht im nächsten Etat Kürzungen vorgenommen werden können.

Geh. Rath Lüders gibt eine Übersicht über die bisherigen Zuschüsse für die Porzellananufaktur. Die Zuschüsse seien ziemlich gleich geblieben, während die Leistungen der Porzellananufaktur gestiegen seien.

Abg. Krawinkel fordert eine jährliche rechnerische Darstellung der Ergebnisse des Instituts.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch: Das Haus scheint einig zu sein in der Ansicht, daß die Porzellananufaktur als Kunstinstitut erhalten werden soll. Sparfamkeit ist schon jetzt in hohem Maße angewendet worden.

Abg. Frhr. v. Schellendorff (nl.) schließt sich dem Wunsche des Abg. Krawinkel an.

Das Kapitel wird bewilligt.

Zu der Forderung für das Königliche Glasmalerei-

Institut liegt eine Petition des Dr. Oldtmann vor, die dafür

ausgeworfene Summe zu streichen. — Die Kommission schlägt vor,

über die Petition zur Tagesordnung überzugehen und die

Forderung zu bewilligen.

Verliererstatter Abg. Graf Limburg-Stirum berichtet über

den Inhalt der Petition, welche von einem Dr. Oldtmann in Düsseldorf, dem Inhaber eines Glasmalerei-Instituts, herrührte. Der selbe verlangt die Aufhebung des Königlichen Glasmalerei-Instituts im Interesse der privaten Konkurrenz, die Besseres leiste. Ich persönlich kann dem noch hinzufügen, daß der Baumeister des Reichstages nichts bei dem Königlichen Institut habe machen lassen, weil dasselbe nicht auf der Höhe der Zeit steht.

Geh. Rath Lüders: Die Petition wirft uns vor, daß das Institut nicht nur figürliche, sondern auch andere Arbeiten mache. Aber so lange Glasmalerei-Institute bestehen, haben diese stets auch blos ornamentale Arbeiten gefertigt. Dr. Oldtmann steht mit dem Königlichen Institut in Konkurrenz und hat das letztere sogar im vorigen Jahr bei einer Ausschreibung um 100 Proz. unterboten. Wenn der Baumeister des Reichstages keine Fenster vom Königlichen Institut angenommen hat, so lag das lediglich daran, daß das Institut bis zur vorgeschriebenen Zeit mit der Arbeit nicht fertig werden können.

Abg. Frhr. v. Heereman (Cir.): Die Arbeiten des Königlichen Instituts stehen namentlich in der Herstellung von Kirchenfenstern nicht auf der Höhe der Zeit. Vor allen Dingen wäre es nötig, dem Abgeordnetenhaus einmal Gelegenheit zu geben, das Institut in Augenschein zu nehmen.

Minister Frhr. v. Berlepsch erklärt sich bereit diesem letzteren Wunsche nachzutun.

Das Haus beschließt gemäß dem Antrage der Kommission. Die Einnahmen werden im Ueblichen debattelos bewilligt.

Zu dem Ausgaben-Titel "Ministergehalt" bemerkt

Abg. v. Schellendorff (nl.): Im gewerblichen Fortbildungsumunterricht muß ein Weg gefunden werden, auf dem man das Bildungsbedürfnis der gewerblichen Jugend wie das religiöse Bedürfnis derselben gleichmäßig befriedigen kann. Nur ist der Sonntag-Vormittag für den Fortbildungsschulunterricht unentbehrlich. Das ist etwa kein modernes Bedürfnis, sondern der Sonntag war schon von alters her zum Volksunterricht bestimmt. Auch den Meistern und Gesellen muß Gelegenheit gegeben werden, dem Unterricht zu folgen. Wenn man den Unterricht am Sonntag hindert, so wird das nicht nur ein Rückgang in den Leistungen des gewerblichen Unterrichtswesens herbeiführen, sondern wird auch sozial höchst ungünstig wirken. Den Lehrlingen wird die Möglichkeit genommen, sich weiter auszubilden und sich eine bessere Stellung zu erwerben. Eine erhöhte Ausbildung thut dem Handwerk noth, wenn es überhaupt die Konkurrenz mit der Industrie ertragen will. Nun haben sich die evangelischen Kirchenbehörden geweiht, hier helfend einzutreten. Von einem ähnlichen Überstand der katholischen Kirche hat man ja nichts gehört. Ja, das brandenburgische Konistorium hat sich überhaupt gegen jeden Fortbildungsschulunterricht am Sonntag erklärt. Ich hoffe, daß man sich in den kirchlichen Behörden doch überzeugen wird, daß an dieser Stärke gegenüber einem anerkannten Bedürfnis nicht festgehalten werden darf. Der einseitig kirchliche Standpunkt darf nicht allein maßgebend sein. Der Bildungstrieb des Volkes muß befriedigt werden. Eine Verständigung muß erzielt werden im Interesse des Vaterlandes. (Beifall llnks.)

Abg. Dr. Beumer (nl.) schildert die Wirkungen der Bestimmungen über die jugendlichen Arbeiter auf den Bergbetrieb. Die Bestimmungen machen den Betrieb so kompliziert, daß man überhaupt keine jugendlichen Arbeiter mehr beschäftigen will. Das sei von einer außerordentlichen sozialen Bedeutung. Das Interesse der Arbeitgeber an der Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter sei sehr gering. Die jungen Leute verlieren indeß, wenn sie nicht beschäftigt würden. Die Bestimmungen über die Arbeitspausen der jugendlichen Arbeiter müssen vereinfacht werden. Ferner müsse Gelegenheit gegeben werden, einen tüchtigen Arbeiterstand heranzubilden. Deshalb müssen größere Summen für gewerbliche Unterrichtszwecke ausgeworfen werden. Auch die Lehrergehälter an den gewerblichen Fachschulen seien viel zu gering.

Abg. Frhr. v. Thynatten (Cir.) fordert unter Hinweis auf einen großen Brand in der Weberei und Spinnerei Wissig und Langen in Aachen im Dezember v. J. besondere Vorsichtsmaßregeln für derartige Etablissements.

Geheimrat Neuhaus. Das bedauerliche Vorkommen ist Gegenstand der Berichterstattung des Regierungspräsidenten gewesen. Die geüblichen Vorsichtsmaßregeln waren getroffen. Aber da sich der Betrieb auch auf Baumwolle ausgedehnt hatte, reichten diese Maßregeln nicht aus. Die Baumwolle enthält feuergefährliche Stoffe. Der Aachener Regierungspräsident hat Vorschläge gemacht, um die Feuergefahr einzuränken. Vor allen Dingen sollen Arbeitsräume möglichst zu ebener Erde angelegt werden. Als Grundsäule sind diese Vorschläge dem Minister wichtig erschienen. Sie sind deshalb am sämtlichen Regierungspräsidenten zur Begutachtung geschickt.

Minister Frhr. v. Berlepsch: Wir stehen vor der Frage, ob wir am 1. Dezember 1894 den Theil des Fortbildungsumunterrichts, den wir für den wichtigsten halten (Hört! hört! llnks.), den Zeichenunterricht, fallen lassen sollen. Der Zeichenunterricht braucht Tageslicht und eine ausgeruhete Hand. Man kann keinen Lehrling nach zehntündigem Arbeitszeit in der Woche an den Zeichenstisch setzen. Es wird nötig sein, einen Weg zu finden, auf den wir am Sonntag einige Stunden hintereinander für den Zeichenunterricht verwenden können. Meister und Gesellen nehmen an dem Unterricht teil. (Hört! hört! llnks.) Ich hoffe jedoch noch immer, daß eine Verständigung mit den kirchlichen Behörden erreicht werden wird. In einzelnen Kreisen ist es gelungen, einen besonderen Jugend-Gottesdienst zu erlangen, so daß die unterrichtlichen und kirchlichen Interessen gleichmäßig gewahrt bleiben. Wesentlich nicht gelungen ist es in den großen Städten. Am besten wäre es, wenn ein besonderer Gottesdienst erreicht wird, den Schüler und Lehrer zusammen besuchen. Sollte eine Verständigung in nächster Zeit nicht erlangt werden, so würden wir die Übergangsfrist verlängern, was ich ungern thue. Mit dem Abg. Beumer erkenne ich einen Weitstand der Bestimmungen über jugendliche Arbeiter an. Ich will niemals versuchen, auf eine Änderung hinzuwirken. Uebigens

Stimmungen möglichst zurechtmachen. Auch ich halte den gewerblichen Unterricht für sehr wichtig. Aber bei der schlechten Finanzlage muß ich schon zufrieden sein, daß das Durchschnittsgehalt der Lehrer an den Banichen erhöht ist.

Auf eine Anfrage des Abg. Herold erwiedert

Minister Frhr. v. Berlepsch, die Verträge über Kaisalzlieferungen wurden vom Syndikat geschlossen; darauf habe der Minister nur beschränkten Einfluß.

Abg. Dr. Trmer (konf.): Bezuglich des Fortbildungsschulunterrichts am Sonntag wurde von dem Konsistorium bei den Kreishoden angefragt. Hier wurde von der überwältigenden Mehrheit die Forderung auf Errichtung eines besonderen Gottesdienstes abgelehnt. Wenn das Verlangen gestellt wird, daß der Unterricht am Sonntag an vier Stunden hintereinander ertheilt werden soll, dann wird keine Einigung erzielt werden können. Der Beichenunterricht kann jetzt schon am Sonntag Vormittag ertheilt werden. Ein besonderer Gottesdienst erzeugt nicht den Gemeindegottesdienst. Es ist ein zu weitgehendes Verlangen, daß der Gemeindegottesdienst, der von Alters her auf 10 Uhr Vormittags festgesetzt ist, verlegt wird. Das Konsistorium konnte von seinem Standpunkt aus gar nicht anders antworten. Mein Ideal ist, daß die Handwerker ihren Lehrlingen drei Stunden in der Woche für den Beichenunterricht frei geben. Dann würde auch der Fortbildungsschulunterricht obligatorisch gemacht werden können. So lange er am Sonntag ertheilt wird, kann er nicht obligatorisch sein.

Abg. Frhr. v. Gedlich-Neukirch (st.): Der Beichenunterricht kann mit Erfolg nur am Sonntag ertheilt werden. In der Woche kann er nicht stattfinden, weil kein Handwerker seinen Lehrlingen mehrere Stunden frei geben kann. Die Kirche soll nicht einseitig vorgehen, sondern die Hand bleiten zur Verständigung auf dem vom Minister angedeuteten Wege. Um das zu ermöglichen, bitte ich, die Übergangsfest über den 1. Dezember 1894 zu verlängern. Ferner bitte ich den Minister, mehr Gelder für das gewerbliche Unterrichtswesen häufig zu machen. (Beifall.)

Abg. Reichardt (nl.) bringt die Verunreinigung der Elbe bei Magdeburg durch die Abflüsse der Salzwerke zur Sprache und verlangt Abhilfe seitens des Staates.

Minister Frhr. v. Berlepsch weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Belebung dieses Nebelstandes entgegenstehen. Dies sei um so schlimmer, als man Jahre lang die Verunreinigung der Elbe und ihrer Nebenflüsse zugelassen habe. Die Stassfurter Verwaltung sei bemüht, die Verunreinigung durch die Abwässer ihrer Werke zu verhindern. Die Zuflüsse der Salzwässer aus dem Mansfelder Bergwerk hören demnächst auf. Magdeburg hätte sich schon früher vergegenwärtigen müssen, daß für eine Stadt von 200 000 Einwohnern die Entnahme ihres Trinkwassers aus einem öffentlichen Fließlauf auf die Dauer nicht möglich ist.

Abg. Engels (st.) weist darauf hin, daß die Konsumvereine dem kleinen Kaufmann und Handwerker in den kleinen Städten Konkurrenz machen, und befürwortet Vergrößerung der Konsumvereine auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Mitglieder.

Abg. Schall (konf.) legt Verwahrung dagegen ein, daß die evangelische Kirche schuld an dem jetzigen Stande der Fortbildungsschulangelegenheit sei. Die Kirche werde gern die Hand zur Verständigung bieten. Eine Verlegung des Hauptgottesdienstes sei nicht angängig. Ob die Errichtung eines besonderen Gottesdienstes ein gangbarer Weg sei, sei zweitael.

Abg. Schmidt (Steglitz, konf.) tritt für Einführung größerer Mittel für die Baugewerkschulen ein. Auch müsse die Provinz Brandenburg eine Baugewerkschule erhalten. Schon vor drei Jahren habe man die Absicht gehabt, eine solche Schule in Brandenburg zu bauen. Man habe sich auch in verschiedenen Gegenden der Provinz nach einem Bauort umgesehen. Die Verhandlungen aber seien stets gescheitert, weil von den Städten zu große Belohnungen gefordert seien. Auch in Pommern, Rheinland, Holstein müßten Baugewerkschulen errichtet werden. Die Lehrer an den Baugewerkschulen seien einerseits sehr schlecht befördert und seien andererseits gezwungen, die Stellen zu häufig zu wechseln.

Abg. Stoessel (Ctr.) führt aus, daß bei dem Fortbildungsschulunterricht nicht das religiös-kirchliche Interesse hinter das materielle zurücktreten habe. Die jungen Leute dürften nicht von der Erfüllung ihrer religiösen Pflichten abgehalten werden. Daß der Beichenunterricht theils vor, theils nach dem Gottesdienst abgehalten werde, sei ganz undenkbar. Vor dem Gottesdienst könne er nicht im Winter gelegt werden. Vielleicht sei es aber möglich, ihm nach dem Gottesdienst eine Stelle zu geben.

Abg. Dr. Dittrich (Ctr.) glaubt, daß sehr wohl 1–2 Stunden auf die Woche verlegt werden könnten. Die katholische Kirche verstehe es allerdings, mit den Zeitströmungen zu rechnen, daß sie ihre Pflicht. Deshalb habe sie besondere Früh-Gottesdienste für Dienstmädchen und solche, die am Tage keine Zeit hätten, eingerichtet. (Hört, hört!) Zwischen den Unterricht dürfe der Gottesdienst nicht eingekettet werden. Man lege ihm also entweder auf den Nachmittag, oder wenn's nicht anders geht, auf den Vormittag.

Abg. Dr. Langerhans (Frei. Volksp.): Wir in Berlin haben merkwürdig viel erlebt. Wir haben zunächst gebeten, und zwar in Übereinstimmung mit dem damaligen Kultusminister, daß der Hauptgottesdienst auf 11 Uhr verlegt werde, weil drei Stunden zum Beichenunterricht notwendig sind. Wir sind abschlägig beschieden worden. Abg. Trmer hat zwar die wunderbare Neuordnung gethan, so lange er denken könne, habe der Gottesdienst um 10 Uhr angefangen. Ich weiß nicht, wie weit er denken kann, ich erinnere mich noch sehr deutlich, daß hier in Berlin der Hauptgottesdienst einmal schon um 9 Uhr angefangen hat. Überhaupt haben ja die Kirchen erst die Sonnagschulen eingeführt. Auch die andere Anerkennung hat die Stadt dem Konsistorium gemacht, einen besonderen Gottesdienst einzurichten, und zwar auf ihre Kosten, so weit das möglich ist. Es muß doch genügt werden, wenn die armen Knaben, die die ganze Woche arbeiten müssen, sich am Sonntag veranlaßt fühlen, statt sich im Freien zu tummeln, ihren Wissensdrang zu befriedigen. Ich bin zufrieden, wenn die Übergangszeit in der Gewerbeordnung noch etwas verlängert wird, aber wenn der Aufschub vorbei ist, wird es nicht ebenso sein? Ob dann eine orthodoxe oder liberale Richtung in der Kirche herrscht, darauf wollen wir es nicht ankommen lassen. Wenn so liberale Leute wie ich dann ans Ruder kämen, wäre die Sache bald gemacht. (Heiterkeit) Dem Abg. Schall bestreite ich daß Recht, als Vertreter der evangelischen Kirche zu sprechen. Sie haben sich ein Mandat genommen, das Ihnen nicht zufällt. Machen Sie es den Leuten möglich, aus dem Etat der Kirche ihres Berufslebens herauszutreten, und sich eine bessere Stellung im Leben zu eringen.

Abg. Schenk (Frei. Volksp.) fordert, daß mehr Mittel für gewerbliche Unterrichtszwecke ausgeworfen werden. Hier hilft die Entschuldigung nichts, wir haben kein Geld. Für solche Zwecke muß man eben Geld haben. Besonders fehlt es an Fachschulen. Wir brauchten deren doppelt so viel als vorhanden seien.

Der Titel wird bewilligt.

Die Berathung wird nunmehr vertagt.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Etat des Handelsministeriums und der Bauverwaltung.) Schluss 4½ Uhr.

Kirche und Fortbildungsschulen.

Berlin, 23. Febr.

Der Kampf der Orthodoxie gegen die Fortbildungsschulen hat hente auch das Abgeordnetenhaus beschäftigt. Es war beim Etat des Handelsministeriums, wo der national-liberale Abg. v. Schenkendorff die schweren Missstände besprach, die aus dem hartnäckigen Verhalten der evangelischen Kirche in Sachen des Fortbildungsschulunterrichts entspringen müssen. Man kennt diesen kirchenpolitischen Standpunkt. Der Unterricht in den Fortbildungsschulen, der naturgemäß am Sonntag stattzufinden hat, wird einfach unmöglich gemacht werden, wenn die kirchlichen Behörden bei ihrer Weigerung bleiben, einen besonderen Gottesdienst für die Besucher jener Schulen einzurichten. Die Möglichkeit eines solchen besonderen Gottesdienstes ist vorhanden, aber die Orthodoxie, die in unserem Kirchenregiment das Wort führt, sieht auf das Fortbildungsschulwesen mit größtem Misstrauen; sie argwöhnt in den jungen Leuten, die diese Anstalten aufsuchen, die Neigung, sich dem Kirchenwesen mehr und mehr zu entziehen. So droht ein geradezu unerträglicher Zustand.

Einstweilen bestehen die Fortbildungsschulen noch, weil die unglückselige Bestimmung, die die Schulen abhängig von den Beschlüssen des Kirchenregiments macht, erst nach einigen Monaten in Kraft treten soll. Aber nichts ist gewisser, als daß die Anstalten unter dem Zwange des Kirchenregiments Bannes zum großen Theil werden eingehen müssen. Beklagenswerther Weise wendet die Staatsregierung nicht die genügende Energie an, um die kirchlichen Behörden von ihrem starren Standpunkt abzubringen. Für die Herrschaft des konservativ-orthodoxen Geistes ist kaum etwas bezeichnender als diese Baghaftigkeit, mit der man die Bahnslegung eines wichtigen Zweiges gewerblicher Bildung, stiftlich erzieherischer Beeinflussung duldet. Der Handelsminister Frhr. v. Berlepsch ließ heute sehr deutlich durchblicken, wie nahe ihm persönlich diese Dinge gehen. Er erklärte offen, daß der Beichenunterricht an den Fortbildungsschulen vom ersten Oktober ab gefährdet sein werde. Er gab die Mittel und Wege an, auf denen er sich eine Verständigung mit den Kirchenbehörden vorstellt, aber er war leider nicht in der Lage, zu sagen, daß die bessere Einsicht der Regierung in diesem Falle auch durchdringen werde. Und dabei mußten sogar konservative Redner zugeben, daß hier gewerbliche Bildungsinteressen auf dem Spiele stehen, die der Kirche ein Einlenken nahelegen sollten. Daß der freikonservative Abg. v. Gedlich diesen Standpunkt vertrat, will nichts Besonderes sagen, aber auch der stramm konservative Abg. Schmidt ist von der Nothwendigkeit überzeugt, den Beichenunterricht am Sonntag fortbestehen zu lassen. Er will je einen Sonntag für diesen Unterricht, je einen andern für den Gottesdienst vorbestimmt wissen. Wer so weit geht, der hat schon anerkannt, daß die Ansprüche der evangelischen Kirche in diesem Falle unberechtigt sind. Und das Centrum? Es wäre wunderbar, wenn diese Vertretung einseitig kirchlicher Interessen ein offenes Wort zu Gunsten der Fortbildungsschulen wagen sollte. Selbst wenn im Centrum die Meinung bestände, daß die Kirche hier zum Schaden wertvoller Interessen ungerechtfertigte Einwirkungen versucht, dürften die Herren das doch nicht aussprechen. Der Abg. Stökel stand denn auch vollständig auf dem Boden der kirchlichen Überhebung, während aus den Bemerkungen des zweiten Centrumsredners, des Abg. Dittrich, mindestens einige Beklemmung herausklang. Er hat Sympathien für die Ausdehnung des gewerblichen Unterrichts und möchte die Schwierigkeit überwinden, indem einige Wochentage für diesen Unterricht reservirt werden sollen.

Dieselbe Forderung ist in den bisherigen Grörerungen über die missliche Streitfrage schon von anderer Seite wiederholt gestellt worden. Sie wäre erfäßbar, wenn wir in einer idealen Welt lebten, in der man die Dinge einrichten kann, wie es einem beliebt. Sie ist unerfüllbar, weil unsren Handwerkern, die ohnehin so hart zu kämpfen haben, nicht zugemutet werden kann, daß sie ihre Arbeitskräfte für einen oder gar zwei Wochen-Nachmitten entlassen.

Deutschland.

Berlin, 23. Februar. [Reichskanzler und Staatsministerium] In Graudenz hat der Abg. v. Ploetz dieser Tage erklärt, er schäze das Wohlwollen der preußischen Staatsregierung für die Landwirtschaft und den Bund der Landwirthe, und er habe Grund zu der Vermuthung, daß die preußische Regierung eventuell gegen die Reichsstagsauflösung sein werde. Die Unvorsichtigkeit des agrarischen Wortführers verdient Dank. Herr v. Ploetz muß doch wissen, was er gesagt hat und verantworten kann, und leider nicht zum ersten Male hört man hier von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und einflussreichen Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums. Die Herren, die im Staatsministerium den Finger am elektrischen Knopf haben, sind Meister in der Taktik des passiven Widerstandes. Nichts verrät vor der Offentlichkeit, daß zwischen ihnen und dem Grafen Caprivi eine Differenz besteht, und wenn das Staatsministerium einmal genötigt ist, vor der Offentlichkeit Farbe zu bekennen, dann vernimmt man kräftige Worte, wie vor einigen Wochen im Abgeordnetenhouse. Aber, wohlgemerkt, auch dann sind es nicht die eigentlich maßgebenden Minister, die ihre Einigkeit mit der Vertragspolitik im Reiche betonen. Als die Herren von Heyden und von Berlepsch den Hoffnungen der Konservativen auf einen Zwiespalt innerhalb der Regierung bestimmt entgegneten, sagte der Ministerpräsident Graf Eulenburg zwar auch Einiges, aber es klang nur matt, und vom Finanzminister Miquel nun gar hat man bis heute noch nichts gehört, was als

genügend kräftige Unterstützung der Kanzlerpolitik verstanden werden könnte. Der Handelsvertrag wird ja trotz alledem durchgesetzt werden, aber für die Zustände an den höchsten Regierungsstellen wäre es zuträglicher, wenn Erwartungen wie die des Herrn von Blöß durch entsprechende Erklärungen gegenstandslos würden. Wir bezweilen, daß das geschehen wird.

— Angenehme Aussichten. Schäferektär Graf Posadowsky hat, wie schon gemeldet, in der Steuerkommission erklärt, die verbündeten Regierungen beständen auf der Durchberathung der Steuervorlagen. In diesem Falle wird sich die Session wohl bis Pfingsten hinziehen.

— Dem parlamentarischen Diner, das am Freitag beim Staatssekretär von Böttcher stattfand, wohnte der Kaiser bei, welcher Abends 7 Uhr erschien. Anwesend waren außerdem: Der Reichskanzler Graf Caprivi, Staatssekretär von Stephan, die Minister Miquel und Thelen, die Präsidenten von Lebeck und von Höller, die Abg. von Koscielski, Brins Arnsberg, Graf Douglas, Holstein, Saurma und Andere.

— Die Deutsche Afrikapostel melden, von den nach Kamerun entsandten Kompanien Marine-Infanterie würden 20 Mann in Kamerun bleiben, während 100 Mann nach Südwestafrika in allernächster Zeit abgehen würden, um in dem Kampf gegen Witboi verwendet zu werden.

* Aus Westpreußen, 23. Febr. Es wird noch in Erinnerung sein, welche peinlichen Auftritte am 8. Oktober v. J. in Graudenz bei der Wahl der Kirchenvorsteher für die dortige katholische Gemeinde durch das agitatorische Vorgehen der Polen hergerufen wurden. Jetzt sind jene Wahlen für ungültig erklärt und die Neuwahl auf den 16. März angesetzt worden.

Parlamentarische Nachrichten.

* Berlin, 23. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Berathung des Extraordinariums des Militärateats fortgesetzt. Die zum Erweiterungsbau des Militäritius in Hannover für Grunderwerb geforderten 265 000 M. wurden bewilligt. Ebenso eine Reihe anderer Befreiungen, darunter 100 000 M. als erste Baurate für eine evangelische Garnisonkirche in Thorn, 187 000 M. zur Erweiterung des Barackenagers bei Arns, 1 000 000 M. zur Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das Gardekorps, 1 500 000 M. zum Truppenübungsplatz für das 4. Armeekorps, 450 000 M. zum Truppenübungsplatz für das 8. Armeekorps, 2 485 000 M. zur Erwerbung eines Fußartillerie-Schießplatzes bei Thorn, 900 000 M. zur Befreiung der Kosten für die Anlage von Schießständen aus Anlaß der Einführung weittragender Handfeuerwaffen. — Abg. Leibnitz wurden 300 000 M. als erste Baurate für eine Kavallerie-Kaserne in Karlsruhe und 40 000 M. zur Erweiterung der Kavallerie-Kaserne in Kiesenb. — Beim Militärmedizinalwesen wurde kein Auftrag gemacht; zur Verbesserung der Lagerungseinrichtung sowie der Kücheneinrichtung in Lazarettsägen wurden als erste Rate 210 000 M. bewilligt. Gefrichen wurde noch eine Forderung von 100 000 M. zur Anstellung eines Versuchs auf einem Remonté-Depot, die Remonten erst im Herbst an die Truppen auszugeben; ferner wurden zur Herstellung einer Bütthaler-Anlage bei dem Kadettenhouse in Karlsruhe statt 12 000 nur 9 800 M. bewilligt und die erste Rate zum Umbau des Kadettenhauses in Bönn wurde von 193 000 M. auf 42 000 M. herabgesetzt.

Italien.

* Die Konversion der italienischen Rente, wie sie das Finanzexposé des Finanzministers Sonnino vorstellt, erscheint in offiziöser Beleuchtung sehr unschuldig. Danach ist sie nicht eine Konversion der Schulden im technischen Sinne, sondern ein einfacher, in das Belieben eines jeden Rentenbesitzers gestellter Umtausch der gegenwärtigen, 5 Proz. Brutto tragenden Titres gegen neue Titres, welche Netto 4 Proz. in Gold zahlbare und für jetzt und alle Zeiten von jeder Steuer und jedem Abzuge freie Zinsen tragen sollen. Vom nächsten Coupon an sollen die gegenwärtigen zu 5 Proz. Brutto verzinslichen Titres mit der Taxe von 20 Proz. belegt werden. Vom 1. Januar 1895 ab können die Rentenbesitzer, wenn es ihnen gut dünkt, ihre gegenwärtigen Titres gegen neue vierprozentige umtauschen. Der Unterschied zwischen den jetzigen und den am 1. Januar 1895 neu zu schaffenden Titres ist einfach der, daß die Coupons der letzteren mit der Zahlungsanweisung "netto 4 Proz. frist für immer von jeder Steuer und jedem Abzuge" versehen sein werden. — Wenn es wirklich so wäre, so könnten die Besitzer italienischer Rente fortan ruhig schlafen, was ihnen sehr zuwünschen ist.

Das Finanzexposé wird natürlich von der italienischen Presse lebhaft erörtert. Einige Preissummen seien hier wiedergegeben.

Der "Dirito" tabelliert unter Vorbehalt einer Prüfung im Einzelnen die neue Belastung des Aderbaues und glaubt, daß es besser wäre, die ausländischen Besitzer von Rententitres von der Erhöhung der Steuer auszuschließen. Die "Riforma" hebt hervor, daß der Ernt, mit dem Italiens seine Finanzen ordnen wollte, und die Opferbereitschaft, die aus dem Exposé spricht, im Auslande nur einen guten Eindruck machen könne. — Die "Opinione" ist bereit, alle Ersparnisse einschließlich der Verwaltung reform und die Generalvollmacht hierfür zu beantragen. Das Blatt spricht sich aber gegen die Belastung des Aderbaues, die Erhöhung der Salzsteuer sowie die Erhöhung der Steuer auf Rententitres, die inopportunit sei, aus. Die Maßregeln zur Ordnung des Banknotenumlaufs der Emissionsbanken seien unnütz und falsch. Die "Tribuna" tabelliert die Erhöhung der Rentensteuer, welche die Beziehungen Italiens zum Auslande ungünstig beeinflussen werde. Uebereinstimmend erkennt die Presse den Mut der Wahrheit an, mit dem Sonnino die finanzielle und wirtschaftliche Lage Italiens schildert.

Militärisches.

= Bei den Wettkämpfen sollen, wie die "Königl. Zeit." sich aus Berlin berichten läßt, auf Wunsch des Kaisers durch Anordnung der Kriegsleitung manifasche Veränderungen eintreten. Zunächst wird es auskönnen, daß ein Offizier die Waffe aller möglichen und vielleicht auch unmöglichen Kriegsfallbeweise reitet; die Kriegs-Uralte werden wohl sehr stark eingeschränkt werden; denn es war keine Seltenheit, daß ein Offizier heute in Berlin, morgen in Hannover, übermorgen in Leipzig, an Tage darauf in Baden-Baden ritt, und jedesmal fremde Pferde. Auch wird man, durch Erfahrung belehrt, bei der Zulassung englischer Herrenreiter künftig vorsichtiger sein.

schuld von 4,34 auf 4 Prozent. Ein schwerwiegender Fall, der die Gläubiger in hohem Grade belastet. Mehr aber als diese Prozedur bestimmte heute ein Vorgang, der kein gutes Licht auf die Gebohrung der maßgebenden italienischen Kreise wirft. Noch vor Kurzem hatten nämlich, das wird heute konstatiert, offizielle Stimmen das bereits in Umlauf befindliche Gerücht von einer Zinsverkürzung der italienischen Rente ausdrücklich abgelehnt. Auch ein bestiges offizielles Blatt dementiert dieses Gerücht sogar unter Berufung auf den italienischen Botschafter in Berlin. Die "Agencia Sestini", ein von der Regierung Italiens benanntes Telegraphen-Bureau, widerlegte ebenfalls die gleiche von Paris aus gegangene Meldung. Es mag ja sein, daß die italienische Regierung zu jener Zeit sich noch nicht über die einzelnen finanziellen Maßnahmen schlüssig gemacht hatte. Es könnte dies, wie wir es gestern thaten, als Entschuldigung angeführt werden, wenn wirklich die Möglichkeit vorhanden war, von einer Reduktion Abstand zu nehmen. Allein die Ungewissheit hätte zu schweigen verpflichtet. Wie gesagt, übt die eben geschilderte Auffassung des Vorganges den meisten Einfluß auf die Haltung aus, die als eine matte bezeichnet werden muß. Der Rückgang der Italiener hatte Realstationen auch auf anderen Gebieten im Gefolge und Banten wie Bahnen gaben nach. Gegen Schluss trat eine mäßige Erholung ein, dies besonders auf die Willigkeit des Gelomarkts, die den heimischen Anleihen zu Gute kam. Am Montanmarkt waren Eisenwerke von der allgemeinen Waffel am wenigsten berührt. Im Übrigen lag von einer dem Syndikat nahestehenden Seite die telegraphische Meldung vor, daß die Nachricht von einer Preiserhöhung falsch sei, daß das Syndikat vielmehr in den letzten Tagen größere Abschlüsse zu besseren Preisen gemacht habe. Allerdings wird es nötig sein, zur Bekämpfung der englischen Konkurrenz in den bestirnten Absatzgebieten Preiskonzessionen zu machen, wie dies auch früher geschah ist. (R. 8.)

Breslau, 23. Febr. (Schlußbericht) Schwankend.

Neue Br. 100, Reichsausgabe 86,90, 2%, proz. L.-Blaubr. 1890, Konsol. Fürster 23,85, Lür. Loco 97,75, 4proz. ung. Goldrente 97,25, Bresl. Diskontobank 99,60, Breslauer Wechslerbank 98,60, Rebabteilungen 225,90, Schles. Bantverein 1,300, Donnersmarchhütte 101,75, Flöther Maschinenbau —, Kattowitzcher Utten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 129,50, Oberlaus. Eisenbahn 72,50, Oberholz. Portland-Zement 96,25, Schles. Zement 149,00, Oppeln. Zement 113,75, Krakowia 130,00, Schles. Binsfaffen —, Laurahütte 124,50, Bresl. Helsabt. 86,00, Österreich. Banknoten 163,75, Russ. Bonnir 219,0, Cie., Zement 96,25, 4proz. Ungarische Eisenmonete 91,75, Breslauer elektrische Straßenbahn 124,25, Frankfurt a. M., 23. Febr. (Eisenbahn-Sozietät) [Schluß]. Österreich. Aktienatrien 296,75, Franzosen 263,75, Lombarden 89,75, Ungar. Gültterte —, Gottscheerbahn 154,60, Diskonto-Kombinat 186,20, Dresdner Banf 137,20, Berliner Handelsgesellschaft 130,70, Böhmischer Gußstahl 133,00, Dortmunder Union, St.-Br. 62,60, Gelsenkirchen 148,20, Kupferer Bergwerke 137,30, Hibernia —, Laurahütte 128,90, 4proz. Portugiesen 21,60, Italienische Mittelmeerbahn 78,10, Schweizer Centralbahn 117,40, Schweizer Nordostbahn 107,70, Schweizer Union 76,40, Italienische Meridional 106,20, Schweizer Simplonbahn 57,50, Nordb. Lloyd —, Meglaner 18,30, Italiener 74,50, Ruhrig.

Bremen, 23. Febr. (Wörter-Schlußbericht) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumsbörse) Steigt. Loco 4,85 Br.

Baumwolle. Schwach. Upland middl. loko 39,75, Pf.

Schmalz. Fest. Wucor 40,75, Pfg., Armour Held 40 Pf., Cudahy 41,75, Pf., Robe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 35 Pf.

Tabak. Umsatz: 100 Kisten Seedleaf, 324 Paden Ambaseta, 3000 Paden St. Felix.

Wolle. Umsatz: 106 Ballen.

Hamburg, 23. Febr. Gutermarkt. (Schlußbericht) Rübader I. Produkt Baus 28 pf. Rendement neue Usance, frei

an Bord Hamburg per Febr. 13,20, per März 12,92, per Mai 12,92, per Sept. 12,85. Ruhig.

Hamburg, 23. Febr. Kaffee. (Schlußbericht). Good average per März 81,75, per Mai 80,75, per Septbr. 77, per Dezbr. 72,75. Behauptet.

Paris, 23. Febr. (Schluß) Wibander ruhig, 88 Br. loco 35,50. — Wetter: Wetter: Wetter matt. Nr. 3 per 100 Kilogramm per Febr. 38,00, per März 38,00, per März-Juni 38,00, Mai-August 38,12.

Paris, 23. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen fest, per Februar 20,20, März 20,40, per März-Juni 20,70, per Mai-August 21,10. — Roggen ruhig, per Februar 14,60, per Mai-August 14,70. — Mehl fest, per Februar 42,70, per März 48,10, per März-Juni 43,70, Mai-August 44,70. — Hülsel fest, per Febr. 58,25, per März 58,25, per März-Juni 57,75, per Mai-August 55,00. — Spiritus ruhig, per Febr. 36,50, per März 36,75, per März-April 37,00, p. Mai-August 37,50. — Wetter: Schön.

Habre, 22. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in Newyork löslo mit 10 Points Baisse. Rio 12000 Sac, Santos 3000 Sac Reisetzen für gestern.

Habre, 23. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, v. März 102,00, per Mai 100,00, v. Sept. 95,00. Behauptet.

Aufwerken, 23. Febr. Vertriebenmarkt. (Schlußbericht). Raffinirtes Type weiss loko 12,75 bez., 12,75 Br., per Febr. 12 Br., März-April 12,75 Br., per Sept.-Dez. 12,75 Br. Fest.

Aufwerken, 23. Febr. Getreidemarkt. Weizen ruhig, Roggen flau. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Amsterdam, 23. Febr. Bancazinn 43,75.

Amsterdam, 23. Febr. Java-Kaffee good ordinary 52.

Amsterdam, 23. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Terminträger, per März 145, per Mai 147. — Roggen loko geschäftsfrei, do. auf Termine höher, per März 104, per Mai 106, per Juli 1,8, per Okt. 113. — Rüböl loko 23,75, per Mai 22,75, per Herbst 22,75.

London, 23. Febr. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. Wetter: Regenbrohend.

London, 23. Febr. Chilli-Kupfer 40,75, p. 3 Monat 41,75.

Glasgow, 23. Febr. Hobetzen. (Schluß) Mixed numbers warante 43,75 b. d.

Glasgow, 23. Febr. Die Vorräthe von Hobetzen in den Stores belaufen sich auf 317 629 Tons gegen 350 078 Tons im vorigen Jahre.

Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 60 gegen 65 im vorigen Jahre.

Hull, 22. Februar. (Getreidemarkt) Weizen ruhig, unverändert. Wetter: Frost.

Liverpool, 23. Febr. [Getreidemarkt] Weizen ruhig, Mehl steif, Mais ruhig. — Wetter: Regenschauer.

Liverpool, 23. Febr. Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Ruhig.

Möbel. amerikan. Lieferungen: Februar-März 4,75, Verkaufspreis, März-April 4,75, Werth, April-Mai 4,75, Käuferpreis, Mai-Juni 4,75, do., Juni-Juli 4,75, do., Juli-August 4,75, Verkaufspreis, August-Septbr. 4,75, Käuferpreis, September-Oktuber 4,75, d. Verkaufspreis.

Liverpool, 23. Febr. (Baumwollen-Wochenbericht) Wochenumsatz 46 000 Ballen, do. von amerikanisch. 42 000 B., do. für Spekulation 2000 Ballen, do. für Export 2000 B., do. für wirkl. Konsum 38 000 B., desgl. unmittelbar ex. Schiff 63 000, wirkl. Export 7 000 Ballen, Import der Woche 64 000 B., davon amerikanische 56 000 B., Vorrath 1 712 000 Ballen, davon amerikanische 1 447 000 Ballen, schwimmend nach Großbritannien 212 000 Ballen, davon amerikanische 200 000 Ballen.

Petersburg, 23. Febr. Produktenmarkt. Talg loko 58,00, per August —, Weizen loko 10,00, Roggen loko 6,35, Hafer loko 4,10, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 14,50. — Wetter: Frost.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 24. Febr. Wetter: Frost
Hamburg, 23. Febr. Salpeter loko 9,00, März April 8,75, ruhig.

Reichsw. 23. Febr. Weizen per Febr. 61,75 C., per März 62,75 C.

Berliner Produktenmarkt vom 23. Februar.

Wind: SW, früh — 4 Gr. Raum., 762 MM. — Wetter: Frost, schön.

Aus Amerika liegen heut keine Berichte vor, weil daselbst gestern Feiertag war, und die sonstigen Meldungen vom Auslande enthalten keine Anregung. Die gestrige Haussbewegung des biegsamen Marktes ist somit ohne Unterstützung geblieben und da sie gleichzeitig die neuerliche Erwerbung beträchtlicher Quantitäten ausländischen Weizens zur Folge gehabt, so zeigte sich heute für letzteren Artikel sofort überwiegender Angebot, durch welches im Verlauf der gestrige Fortschritt ziemlich vollständig wieder verdrängt worden ist. Für Roggen bewahrten die Abgeber anfangs noch einige Zurückhaltung, aus der sie erst später herausstraten, als sich auch vermehrte ausländische Offeren von dieser Frucht im Markt zeigten, von denen einige anscheinend auch zum Geschäft geführt haben; der Schluss war daraufhin recht matt und ca. 1/2 M. niedriger als gestern. Hafer blieb ganz unbelebt, notirt aber im Anschluß an die übrigen Artikel gleichfalls etwas schlechter.

Roggemehl hat sich kaum verändert.

Rüböl war heute auf nahe Lieferung im Gegensatz zu gestern schwächer, auf entfernte dagegen eher fest.

Spiritus hat ungefähr die gestrige Besserung wieder aufgegeben müssen.

Weizen loko 135—146 Mark nach Qualität gefordert, gesetzter märkischer 142,50 M. ab Bahn und frei Haus bez., Mai 144,50—144 M. bez., Juni 145,25—145 M. bez., Juli 146,25 bis 145,75 M. bez., Septemb. 148,75—148 M. bez.

Roggemehl loko 120—125 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 122—122,50 M. ab Bahn bez., April 127—126,50 M. bez., Mai 128—127,50 M. bez., Juni 128,50—128 M. bez., Juli 129,25—128,75 M. bez.

Wats loko 111—120 M. nach Qualität gefordert, Februar 111 M. nom., Mai, Juni und Juli 106,25—106 M. bez., Sept. 106,50 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 136—178 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef. mittel u. guter östl. und westpreußischer 142—162 M. do. pommerischer, ufermärkischer und mecklenburgischer 143—163 M. do. schlesischer 143—163 M. feiner schlesischer, pommerischer uns mecklenburgischer 164—174 M. ab Bahn bez., Mai, Juni und Juli 136 M. bez.

Erbten Kochware 163—195 M. per 1000 Kilo, Futterware 141—155 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Vittoria-Erbten 215—230 M. bez.

Wehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,50—17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,50—14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Februar-März 16 M. bez., Mai 16,30 M. bez., Juni 16,40 M. bez.

Rüböl loko ohne Fak 44 M. bez., April-Mai 44,6—44,5 M. bez., Mai 44,7 M. bez., Oktober 45,5—45,3 M. bez.

Petroleum loko 18,40 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Fak 51,4 M. Bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Fak 31,8 M. bez., Februar 36—35,9 M. bez., April 36,5 bis 36,3—36,4 M. bez., Mai 36,8—36,6—36,7 M. bez., Juni 37,2 bis 37—37,1 M. bez., Juli 37,6—37,4—37,5 M. bez., August 38—37,7 bis 37,8 M. bez., Septbr. 38,2—38—38,1 M. bez.

Kartoffelmehl Februar 15,00 M. bez.

Kartoffelstärke, trockene, Febr. 15,00 M. bez. (R. 3.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 6,25 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. Gulden holl. W. = 1 M. 7½ Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 49 Pf.

Bank-Diskontowechsel. 23. Febr.	Brnsch. 20T.L.	— 105,50 bz	Schw. Hyp.-Pf.	4½ 102,00 G.	Wrsh.-Teres.	5 109,20 bz	Baltische gar....	5 101,50 G.	Pr.Hyp.-B.I. (rz.120)	4½ 115,00 bz G.	Bauges. Humb...	6 135,75 G.
Amsterdam. 5 8 T.	169,25 bz G.	Cöln-M. Pr.-A.	3½ 132,00 G.	Serb.-Gld.-Pfdb.	5 73,00 bz	Wrsch.-Wien..	—	Brest-Grajewo...	5 101,60 G.	Moabit.....	— 135,75 G.	
London 3 8 T.	20,45 bz	Dess. Präm.-A.	3½	do. Rente.....	5 65,00 bz	Weichselbahn	5 74,75 bz	Gr. Russ.-Eis. gar.	3 101,00 G.	Passage.....	— 70,50 bz G.	
Paris 2½ 8 T.	81,20 bz G.	Ham.-L.	3 129,30 G.	do. neue 85	5	do.	—	Ivang.-Dombr. g.	4½ 103,80 B.	U. d. Linden.	—	
Wien 5 8 T.	163,55 bz	50T.-L.	3 126,25 bz	Stockh.-Pf.	4½ 102,80 G.	Gothaardbahn	— 158,70 bz	do.	4 104,10 B.	Berl. Elekt.-W...	8½ 160,25 bz G.	
Petersburg. 5 8 T.	216,80 bz	Mein. 7 Guld-L.	— 26,40 bz	do. St.-Anl. 86	4 100,10 lz	Ital. Mittelmed...	5 78,70 bz	Kozlow-Wor. g.	4 103,80 B.	Berl. Lagerhof...	— 90,00 bz G.	
Warschau. 5 8 T.	217,30 bz	Oldenb. Loose	3 127,10 G.	Span. Schuld.	4 63,40 G.	Ital.M						